

Braunkohle als möglicher Wegbereiter

Landes-CDU setzt auf Netzausbau

Von Siegmund Trenkler

OSTPRIGNITZ-RUPPIN ■ Im Landkreis Ostprignitz-Ruppin sind Windkraft- und Solaranlagen durchaus weit verbreitet. Die Brandenburger Landeschefin der CDU, Dr. Saskia Ludwig, glaubt aber, dass für eine Energiewende wesentlich mehr notwendig ist.

Bevor in Brandenburg weiter auf Energie aus Sonnenlicht oder Wind gesetzt wird, muss zuerst das Leitungsnetz erneuert werden. Solange das nicht geschehen ist, sollte Braunkohle weiterhin dazu verwendet werden, den Grundbedarf an Strom zu decken. „Wir haben im Land mehr als 3 000 Windkraftanlagen stehen, die aber nur 15 bis 20 Prozent ihrer Nennleistung liefern. Erschwerend kommt hinzu, dass diese Leistung durch den fehlenden Netzausbau noch nicht einmal vollständig genutzt werden kann.“ Das Problem sei, dass Brandenburg schon immer eine Vorreiterrolle eingenommen hat. Dadurch nämlich ist die Technik, die vielerorts zum Einsatz gekommen ist, teilweise bereits veraltet – was auch für die Leitungen gilt. „Wir brauchen daher zuerst einmal den Netzausbau, damit die Energie, die hier produziert wird, auch verbraucht werden kann. Wenn das geschehen ist, kann man auch über einen weiteren Ausbau reden.“

Ein Problem, so Ludwig, ist bei Sonnen- und Windkraft, dass die Technologien nicht grundlastfähig sind. Das heißt, mit ihnen lässt sich nicht der Grundbedarf an Energie decken, der auch dann besteht, wenn kein Wind weht oder die Sonne gerade nicht scheint. Dass die rot-rote Landesregierung das CCS-Gesetz abgelehnt hat und sich damit gegen die CO₂-Speicherung positioniert hat, hält sie für einen großen Fehler. „Hier wurde eine Zukunftschance verpasst, die ein Exportschlager sein könnte.“

Nicht nur bei der Energie-, sondern auch bei der Bildungspolitik sieht Ludwig das Land auf dem falschen Weg. Der Plan von Bildungs-

ministerin Martina Münch (SPD), „eine Schule für alle“ einzurichten, sei ein riesenproblem. „Wir stehen zum Erhalt der Förderschule“, so Ludwig. „Wir haben jetzt schon ein Bildungsniveau in Brandenburg, das am untersten Level in Deutschland rangiert. Wenn ich Kinder, die die Voraussetzungen dafür nicht haben, in eine Regelschule stecke und sage, sie müssen einen Abschluss machen, heißt das, dass ich das Niveau des Abschlusses senken muss.“ Genau das Gegenteil sei aber wichtig. „Wir müssen die Leistungsanforderungen an den Regelschulen nach oben schrauben und den Schülern an Förderschulen gleichzeitig in Abstimmung mit der Wirtschaft einen Abschluss ermöglichen.“ Auch eine Abkehr von Quoten sei wichtig. Denn wenn beispielsweise 40 Prozent der Schüler das Abitur schaffen sollen, würde das im Umkehrschluss bedeuten, dass das gesamte Niveau sinken müsse.

Die oft ins Feld geführte Argumentation, dass die Inklusion durch die EU-Behindertenkonvention vorgegeben sei, treffe nicht zu. „Es heißt dort, dass jedem Behinderten der Zugang zu Bildung er-

CDU-Landeschefin Saskia Ludwig fordert den Erhalt von Förderschulen

möglicht werden muss. Einen besseren Zugang zu Bildung und Unterstützung als durch unsere Förderschulen können wir nicht bieten.“ Nur so könne man wirklich den speziellen Begabungen und Ausrichtungen der Kinder gerecht werden.

Ludwig glaubt, dass ein eigener Abschluss für Behinderte der wesentlich bessere Weg sei – ähnlich dem Teilfahrschein, den es früher einmal gab. Im Land gebe es nicht nur den Fachkräfte-, sondern auch einen grundlegenden Arbeitskräftebedarf. „Wir brauchen jeden Einzelnen – nicht nur die Akademiker.“ Auch gering Qualifizierte würden benötigt.

Um das zu erreichen, sei es auch wichtig, mehr Lehrkräfte zu beschäftigen. Zwar wurden 600 neue Lehrkräfte eingestellt, gleichzeitig sind aber rund 2 000 Lehrer aus dem Dienst ausgestiegen. „Wir haben schon jetzt Unterrichtsausfall in Größenordnungen“, so Ludwig. Auch die Motivation der Lehrer sei ein Punkt, an dem es anzusetzen gelte. Denn nur so lasse sich der Abwanderung in andere Bundesländer vorbeugen. Ludwig fordert daher unter anderem mehr Selbstständigkeit für Schulen, damit diese bessere Angebote für die Lehrkräfte machen können und örtliche Besonderheiten eine stärkere Berücksichtigung finden.



Für den Erhalt von Förderschulen: Saskia Ludwig.